

Verein „Bürgerinitiative kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“e.V.

Postadresse: Michael Woitacha – Hauptstraße 10 – 17449 Peenemünde

Gemeindevertretung Peenemünde
Gemeindebüro
17449 Peenemünde

An den Bürgermeister und an die Gemeindevertreter von Peenemünde.

Peenemünde, 29.Juni 2007

Sehr geehrter Herr Barthelmes und sehr geehrte Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen von Peenemünde,

Mitte April 2007 haben sich in Zinnowitz engagierte Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten und Gemeinden der Region zu einem Verein zusammengeschlossen. Unser Ziel ist es, den Bau eines riesigen Steinkohlekraftwerkes bei Lubmin zu verhindern. Weitere Ziele sind, die umweltverträgliche Entwicklung der Wirtschaft auf dem gesamten Gelände des ehemaligen KKW anzuregen und in einer öffentlich geführten Diskussion sachlich zu informieren.

Bei politischen Entscheidungen zu diesem geplanten Steinkohlekraftwerk wollen wir zu öffentlichem Druck aufrufen und gegebenenfalls die Anwendung juristischer Mittel prüfen. Wir wollen alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Region von der Unsinnigkeit und der Gefährlichkeit der derzeitigen Lubmin-Pläne überzeugen.

Wir möchten vor allem aber auch Sie als gewählte Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Bürgerinnen und Bürger in Peenemünde dazu aufrufen, sich möglichst umgehend bei einer ihrer nächsten Gemeindevertreter Sitzungen über die Entwicklung am Standort Lubmin zu beraten und einen Beschluß zu fassen, wie dies bereits in den Gemeinden Heringsdorf, Karlshagen und auf Rügen geschehen ist.

Für eine objektive Beurteilung der geplanten Vorhaben in der Lubminer Heide müssen die Argumente aller betroffenen Gruppen, die in Zukunft mit den Folgen des Steinkohlekraftwerkes und der weiteren Ansiedlung von energieintensiven Industrien am Standort Lubmin leben müssten, genauestens gegeneinander abgewogen werden.

Die negativen Auswirkungen der bei Lubmin geplanten Vorhaben dürften auch in Ihrer Gemeinde langfristig zu spüren sein. Neben dem zu befürchtenden Imageschaden wären auch der Verlust an Lebensqualität sowie gesundheitliche und ökologische Gefahren in allen betroffenen Gemeinden der Region die Folge.

Das geplante Steinkohlekraftwerk dürfte auch auf den Wert sowohl öffentlicher- als auch privater Grundstücke und Investitionen innerhalb von Peenemünde negative Auswirkungen haben.

Die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Verantwortungsgebiet steht auf dem Spiel. Wir fordern Sie auf, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen.

Natürlich würden wir eine Entscheidung der Gemeinde Peenemünde gegen das Steinkohlekraftwerk begrüßen.

Wir bieten Ihnen und allen Bürgern Ihrer Gemeinde an, mit uns ins Gespräch zu kommen sowie Gedanken, Fakten und Argumente unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit auszutauschen.

Die Befürchtungen der vielen engagierten Bürger, Vereine und Institutionen sollten auch von Ihnen ernst genommen werden.

Mit den folgenden Themen möchten wir die Diskussion innerhalb Ihrer Gemeinde anregen:

- In großen politischen Reden Klimaschutz zu versprechen und gleichzeitig neue Kohlekraftwerke zu planen passt nicht zusammen. Es ist erwiesen, dass Kohlekraftwerke mit ihrem riesigen CO₂-Ausstoß zu den größten Verursachern von Klimagasen und schädlichen Umweltgiften gehören. Sie sind schlichtweg nicht mehr zukunftsfähig. Die aktuellen Lubmin-Pläne stehen somit einer nachhaltigen Entwicklung entgegen.
- CO₂ ist für den Klimawandel verantwortlich. Es wird trotz intensiver Forschung in den nächsten 20 bis 30 Jahren weiter in die Atmosphäre entsorgt. Es ist bisher nicht belegbar, ob überhaupt einmal eine wirksame Abscheidung- und die sichere Deponierung dieses Gases realisierbar sein werden. In Lubmin werden durch ein Kraftwerk mit 2 oder 3 Blöcken im Vollastbetrieb jährlich bis zu 16 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. In Norwegen müsste DONG ENERGY laut Presseinformationen dem Staat je Tonne CO₂ 40 \$ bezahlen, d.h. ca. 600 Mill. \$ im Jahr!
In Deutschland dürfen die Energieerzeuger derzeit noch mit ihren Klimagasen und weiteren Umweltgiften kostenlos die Umwelt verpesten.
- Bei Lubmin sollen jährlich bis zu ca. 10 Mill. Tonnen Steinkohle zu Strom verbrannt werden. Die Verwendung billiger Steinkohle, die in den Exportländern häufig unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen abgebaut wird und um den halben Globus herum transportiert wird, ist zwar für die Investoren und Betreiber profitabel, würde aber in der gesamten Region um Lubmin überwiegend negative Auswirkungen zur Folge haben.
Die Immissionen großer Mengen gefährlicher Gifte wie z.B. Quecksilber, diverse Schwermetalle, Schwefeldioxid und Stickoxide selbst in den zulässigen Größenordnungen, wie sie nur noch bei uns in Deutschland und in wenigen anderen Staaten zulässig sind, bedrohen unseren Lebensraum. Das sind für uns gewichtige Gründe, ein Kohlekraftwerk hier nicht zu wollen.
Die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger lehnen deshalb auch den Bau zusätzlicher Steinkohlekraftwerke an neuen Standorten insgesamt ab. Hier muß die Politik moderne Umweltgesetze beschließen und umsetzen. Im Falle Lubmin stammen die Entwicklungspläne noch aus der „Mottenkiste“.
- Die Stromversorgung in Mecklenburg/Vorpommern ist derzeit gesichert. Am Standort Lubmin ist bereits ein Gaskraftwerk geplant. Durch vorhandene- und ergänzend dazu noch durch weitere klimaschonende Energieerzeugung wird bei Lubmin zukünftig ausreichend Strom produziert, um auch weitere, insbesondere aber umweltverträgliche Industrien mit Strom zu versorgen.
- Kraftwerke ohne Wärmekopplung zu betreiben ist grobe Verschwendung von Energie und wertvoller Ressourcen. Das Lubmin-Projekt des dänischen Investors DONG ENERGY ist deshalb im eigenen Land nicht mehr genehmigungsfähig. Die vorgesehene Wärmeableitung in den Greifswalder Bodden kann nicht akzeptiert werden, denn hier sind wichtige bereits seit 1924 geschützte- und derzeit unbelastete Ökosystem in Gefahr. Die Rückforderung von Fördermitteln aus der EU wäre bei einer Gefährdung oder Zerstörung dieser Schutzgebiete die logische Folge.
- In vergleichbaren Kraftwerksbetrieben sind ca. 70 bis 80 Arbeitnehmer auf Dauer beschäftigt. Die Investoren versprechen zweifelhaft 120 Dauerarbeitsplätze. Die Anforderungen an die zukünftigen Kraftwerker sind zum Teil hochspezialisiert. Auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gibt es derzeit kaum geeignete Fachkräfte, um die geplanten Stellen mit Menschen aus unserer Region zu besetzen. Unstrittig ist, dass die angekündigten ca. 1.000 Arbeitsplätze in der Bauphase keinen nachhaltigen Effekt für unseren Arbeitsmarkt bedeuten, denn erfahrungsgemäß wird von den ausführenden Firmen eingearbeitetes Stammpersonal mitgebracht und eingesetzt.
Die Existenz der Kurkliniken und vieler Tourismusbetriebe in allen Ostseebädern und Ostseeheilbädern der Region ist bedroht. In den letzten Jahren sind durch große Summen öffentlicher- und privater Investitionen bereits viele Arbeitsplätze auf diesem Gebiet entstanden.
Die Region will auch in Zukunft Gastgeber sein und ist auf die Erhaltung eines gesunden und natürlichen Umfeldes angewiesen. Die Existenz vieler Menschen steht auf dem Spiel.

Gerne würden wir auf einer der nächsten Mitgliederversammlungen unseres Vereins „Bürgerinitiative kein Steinkohlekraftwerk bei Lubmin“ e.V. auch eine Vertreterin oder einen Vertreter aus Peenemünde begrüßen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Michael Woitacha - Vorsitzender des Vereins -

Dieser Brief wurde in ähnlichem Wortlaut und mit der entsprechenden Anschrift Ende Juni an alle Bürgermeister und Gemeindevertretungen der Ämter der Insel Usedom sowie an die Stadtvertretung von Wolgast und an die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verschickt.

Zum Zeitpunkt 13. Aug. lag der Bürgerinitiative noch keine Rückantwort vor.